

Niederschrift

der öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 15.03.2011

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 20:50 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:30 Uhr bis 18:15 Uhr Vertretung: Frau Dr. Wünscher
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 20:52 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	16:30 Uhr bis 18:45 Uhr
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	18:15 Uhr bis 20:52 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 20:52 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 20:52 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 20:25 Uhr
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	16:30 Uhr bis 20:52 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 20:52 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	17:00 Uhr bis 20:52 Uhr
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:45 Uhr bis 18:55 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Frau Katharina Hintz	SPD	entschuldigt
Herr Johannes Krause	SPD	Vertreter: Herr Hopfgarten

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung wurden folgende Unterlagen verteilt.

zur Finanzausschusssitzung am	Inhalt
15.03.2011	Veränderungsblätter Dezernate OB und I
15.03.2011	Zusammenfassung vorläufiger Jahresabschluss 2010

22.03.2011	Änderung Halle-Pass unter dem Gesichtspunkt des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des SGB II und SGB XII - Vorlagen-Nummer: V/2011/09588
22.03.2011	nicht öffentliche Information über Swap-Geschäfte der Stadt
29.03.2011	Änderungsantrag des Stadtrates Frank Sänger (CDU) zur Beschlussvorlage HH (Unterhaltung Straßen, Wege und Plätze) - Vorlagen-Nummer: V/2011/09538
07.04.2011	Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage HH (Personalausgaben Freiwillige Feuerwehr)

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Beschlussvorlagen
 - 3.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009 Einführung - Vorlage: V/2010/09413
Dezernat Oberbürgermeisterin
Dezernat Finanzen und Personal
4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
5. schriftliche Anfragen von Stadträten
6. Mitteilungen
7. mündliche Anfragen
8. Anregungen

zu 3 Beschlussvorlagen

- zu 3.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009 Einführung**
Dezernat Oberbürgermeisterin
Dezernat Finanzen und Personal
Vorlage: V/2010/09413
-

Einführung

Herr Dr. Meerheim führte aus, dass im letzten Jahr der Vorschlag unterbreitet wurde, die Haushaltsdiskussion in zusammengefasster Form anhand der Überschüsse bzw. Zuschüsse

der einzelnen Unterabschnitte zu führen. Dieser Vorschlag fand nach ausführlicher Diskussion nicht die Zustimmung der Ausschussmitglieder. Um diese Diskussion in diesem Jahr zu vermeiden, werde er keinen Vorschlag der zusammengefassten Beratung der UA unterbreiten.

Die Mitglieder nahmen die Ausführungen zur Kenntnis. Es wurden diesbezüglich keine weiteren Wortmeldungen gewünscht.

Herr Geier fügte an, dass ab 2012 der Haushalt in doppischer Form aufgestellt werde. Diese ermögliche eine Diskussion anhand der Produkte und werde eine andere Form der Haushaltsplanberatungen nach sich ziehen.

Im Vorfeld der Sitzung wurden auf Bitte der Ausschussmitglieder, zur Sicherung der Transparenz des Verwaltungshandelns und zur Vorbereitung der Haushaltsplanberatungen die umfangreichen Unterlagen zum vorläufigen Jahresabschluss 2010 übersandt. Das vorläufige Ergebnis weist einen Fehlbetrag in Höhe von 32 Mio. € aus. Dies sei eine positive Entwicklung und stelle eine Verbesserung in Höhe von 3,5 Mio. € dar.

Die geplante Terminkette der Haushaltsplanberatungen wurde gemäß den Erfordernissen der Fachausschüsse nach einer zweiten Lesung entsprechend angepasst. Die Beschlussfassung der Haushaltssatzung ist jetzt für den 27.04.2010 geplant.

Der Verwaltungshaushalt weise in der vorgelegten Fassung einen Fehlbetrag in Höhe von 31,8 Mio. € aus. Dies sei das Ergebnis harten Arbeitens in der Verwaltung, da der erste Verwaltungsentwurf bezüglich der Anmeldungen der Fachdezernate einen Fehlbetrag in Höhe von 40 Mio. € ergeben habe. Trotzdem seien die Diskussionen noch nicht bis zu Ende geführt, da noch mindestens 12,3 Mio. € lt. Beschlussvorschlag eingespart werden müssen. Diese Diskussion werde durch die Fachbeigeordneten in den entsprechenden Fachausschüssen geführt und natürlich leiste auch das Dezernat I einen Beitrag, der in der heutigen Sitzung beraten werde.

Bei den Diskussionen in den Fachausschüssen müssen verschiedene Positionen abgewogen und Gegebenheiten neu bedacht werden. Es müsse ein Fahrplan erstellt werden, wie künftig mit den vorhandenen Investitionsstaus umgegangen werde. Als Beispiele seien die Winterschäden oder die Folgekosten der Überflutungswelle zu nennen. Diese zusätzlichen Belastungen müssen mit den bereits geplanten und notwendigen Investitionen abgewogen und eingetaktet werden. In den Fachausschüssen werden differenzierte, themenbezogene Diskussionen geführt. Im Ausschuss für Finanzen folge der übergeordnete Blick.

Im Dezernat Finanzen und Personal seien auch die Einnahmen des FAG enthalten. Bezüglich dessen werde eine neue Diskussion nach der Landtagswahl erwartet. Die Stadt Halle (Saale) habe Widerspruch gegen den FAG-Bescheid eingelegt. Ziel sei es, im Rahmen der Nachverhandlung mehr Gelder für die städtischen Aufgaben zu akquirieren. Die Entscheidung des Landesverwaltungsamtes zur Verwendung der VNG-Erlöse liege noch nicht vor. Mit Schreiben vom 8. März 2011 wurde beim Landesverwaltungsamt nachgefragt, um eine Klärung für den städtischen Haushalt herbeizuführen. Ziel der Stadt Halle (Saale) sei es, die finanziellen Mittel wirtschaftlich sinnvoll einzusetzen, um nachhaltige Effekte zu erzielen und im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung einen Systemwechsel unter Mitwirkung des Stadtwerkekonzerns herbeizuführen. Aus Sicht der Kommunalaufsicht werden die Haushalte der Kommunen, wie auch Kämmerer anderer Städte bestätigen, vordringlich nach juristischer Sicht beurteilt und weniger nach den Erfordernissen der Aufrechterhaltung des Gemeinwesens.

Die heutige Sitzung werde, einer jahrelangen Tradition folgend, durch den Themenblock Personal im Rahmen eines Extravortrages eingeleitet. Danach folge die Diskussion der einzelnen Unterabschnitte der Dezernate Oberbürgermeisterin sowie Finanzen und Personal.

Herr Geier übergab Frau Präkelt (Teamleiterin Organisationsentwicklung / Personalcontrolling/-bedarfsplanung) das Wort.

(16:50 Uhr – Herr Wehrich kam in die Sitzung.)

Frau Präkelt erläuterte, dass umfangreiche Unterlagen im Vorfeld der Haushaltsplanberatungen an die Fraktionen und die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften versandt wurden. Sofern in den Beratungen der Fachausschüsse Einzelfragen auftraten, wurden die Beantwortungen dieser den Fachausschüssen direkt zugearbeitet.

(17:00 Uhr – Herr Wolter kam in die Sitzung.)

Frau Präkelt begann den Vortrag. (Dieser ist als Anlage 2 der Niederschrift und als externes Dokument im Session der heutigen Sitzung beigefügt.)

Herr Geier ergänzte zu Seite 8 Punkt 4 – Querverweis auf Personalentwicklungskonzept – dass Überprüfungen durchgeführt werden, ob die Verwaltung nach dem Ausscheiden von MitarbeiterInnen die Stelle wieder besetzten müsse, ob die Stelle wegfallen oder durch eine Querverknüpfung in den Stadtwerkekonzern ggf. eingespart werden kann. Diese Diskussion werde im Rahmen der Budgetverhandlungen geführt. Das natürliche Ausscheiden von Mitarbeitern aus Altersgründen soll genutzt werden, um Kündigungen zu vermeiden. Die Fachbereiche entscheiden gemeinsam mit dem Bereich strategische Steuerung und dem Personalamt im Rahmen der Aufgaben- und Prozessoptimierung unter Einbeziehung des Shared Services Gedankens.

Frau Hock fügte an, dass zum Beispiel eine Prozessoptimierung bei der Grünflächenpflege geprüft werde. In diesem Bereich gebe es innerhalb des Konzerns Stadt Halle (Saale) sehr viele Schnittstellen. Erste Beratungen mit dem Stadtwerkekonzern, der HWG und GWG sowie der BMA haben bereits stattgefunden. Es bestehe Offenheit in der Prozessbetrachtung. Der langfristige Abbau von ca. 200 Stellen sei Ziel. Auch die Absenkung der bestehenden Standards werde in die Betrachtung einbezogen.

Herr Geier informierte, dass die Verwaltung mit Wiederbesetzungssperren arbeite. Es wird bezüglich der konkreten Situation im Fachamt der vorliegende Bedarf analysiert. Bei mehreren freien Stellen ist eine zeitlange Abfederung und Verteilung der Arbeitsaufgaben möglich, aber nicht dauerhaft.

Zum Stand der Teilzeitverträge führte Herr Geier aus, dass in der Zeit von 2002 – 2005 eine erste Welle derartiger Verträge inklusive Kündigungsschutz abgeschlossen wurde. Diese laufen jetzt nach und nach aus und die Verwaltung wirbt für Verlängerung der Teilzeitinitiative, um einen finanziellen Aufwuchs zu vermeiden. Diese Teilzeitverträge sind ein Beitrag der Belegschaft, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden.

Die Frage, wo externe Nachbesetzungen erfolgt sind, wurde im Nachgang der Sitzung beantwortet.

<i>Zeitraum Januar bis April 2011</i>		<i>Anzahl</i>
<i>Amt 14</i>	<i>Rechnungsprüfungsamt</i>	<i>1</i>
<i>Amt 32</i>	<i>Ordnungsamt</i>	<i>1</i>
<i>Einr. 450</i>	<i>Hallesche Museen</i>	<i>1</i>
<i>Einr. 505</i>	<i>Städt. Jobcenter-Personal</i>	<i>4</i>
<i>Amt 51</i>	<i>Amt für Kinder, Jugend u. Familie</i>	<i>4</i>
<i>Amt 61</i>	<i>Stadtplanungsamt</i>	<i>1</i>
<i>Amt 63</i>	<i>Amt für Bauordnung und Denkmalschutz</i>	<i>2</i>
<i>Amt 66</i>	<i>Straßen- und Tiefbauamt</i>	<i>1</i>

Zu den Fachkonzepten der Ämter erläuterte Herr Geier, dass für deren Überarbeitung das entsprechende Fachamt mit seinem Beigeordneten in enger Zusammenarbeit mit dem Personalamt zuständig sei. Der zuständige Beigeordnete bringt die Überarbeitung in die Beigeordnetenkonferenz ein, da auch die verwaltungsinternen Schnittstellen Berücksichtigung finden müssen. Die Fachkonzepte unterliegen aufgrund rechtlicher Veränderungen einer ständigen Entwicklung.

Frau Hock fügte an, dass sobald sich Aufgaben ändern, nachgeschrieben werden müsse.

Es wurde nach dem Krankenstand gefragt. Offensichtlich habe es keine Besserung gegeben. Gemäß Presseveröffentlichungen wollte die Verwaltungsspitze das Gesundheitsmanagement verbessern. 7,3 % Krankenstand ist im Vergleich zu anderen Städten eine sehr schlechte Quote. Was hat die Verwaltung dagegen unternommen? Was will die Verwaltung unternehmen? Welche Bereiche trifft es konkret besonders hoch? 100 Personen seien täglich im Durchschnitt krank.

Herr Geier führte aus, dass das betriebliche Gesundheitsmanagement gut aufgestellt sei. Aufgrund der durchgeführten Maßnahmen habe es schon einige Preise gewonnen. Das Gesundheitsmanagement reagiere auf die Krankenstände und auf die älter werdende Belegschaft. Es liege ein Gesundheitsbericht vor. In diesem sei genau aufgelistet, in welchen Bereichen besonders hohe Ausfallquoten zu verzeichnen seien. In persönlichen Gesprächen mit den entsprechenden Amtsleitern werden die Ursachen ergründet. Bei einzelnen Mitarbeitern moderieren Mitarbeiter des Gesundheitsmanagements Gespräche mit Betroffenen und Amtsleitern und setzen konkrete Maßnahmen um. Bei permanenten Arbeitsüberlastungen von einzelnen Mitarbeitern oder ganzen Teilbereichen werde die Zusammenarbeit mit speziellen verwaltungsinternen Organisatoren gesucht. Eine differenzierte Diskussion sei nötig.

Im Ergebnis der Diskussion wurde die Verwaltung um einen Bericht (inklusive von Aussagen über die Verteilung der Kurzeiterkrankungen, der Krankentageverteilung auf die Wochentage und eine Darstellung auf Jahresscheiben bezüglich Langzeit- und Kurzeiterkrankte) in einer der nächsten Sitzungen gebeten.

Die Beantwortung nach der genauen Anzahl des Transferpersonals wird im Nachgang der Sitzung gegeben:

Entsprechend den Planabstimmungen mit den Ämtern und Einrichtungen werden neben den Berufsanfängern (Kosten für 44 Beschäftigte ohne Stellen, da sie nur kurzzeitig bis zur Vermittlung entsprechend Personalbedarfsplanung im UA 0295 abgerechnet werden) und dem Transferpersonal (bisher ohne kostenrechnende Einrichtungen) ab dem HH-Jahr 2011 auch die Sozialstellen und die Transferpersonalstellen der kostenrechnenden Einrichtungen im UA 0295 geführt. Ausgenommen davon ist das Konservatorium. Dies führt zu einem Aufwuchs des Planansatzes gegenüber 2010 um 1.187.400 €.

Siehe auch Stellenplan des UA 0295 im HH-Plan 2011 S. 799 und „Begründung der Personalausgaben- und Stellenveränderungen“:

- *70 Beschäftigte – Transferpersonal, davon 7 Beschäftigte zz. mit befristeter EU-Rente bis Ende 2012/2013 (kein Planansatz, wenn zum Zeitpunkt der Planung bekannt)*
- *12 Sozialstellen – Zentralisierung der Sozialstellen*

Zur Nachfrage der Azubis in Nebenberufen gab Frau Präkelt im Nachgang der Sitzung folgende Antwort:

Die Verwaltung führe eine bedarfsgerechte Ausbildung auf Grundlage der Anmeldung der Ämter im Rahmen der Personalbedarfsplanung durch. Im Jahr 2010 begannen je

Niederschrift der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 15. März 2011 - Haushalt Dezernat OB sowie Finanzen und Personal

ein Gärtner und KfZ -Mechatroniker ihre Ausbildung bei der Stadt. Diese beiden Berufsgruppen werden auch in 2011 je einmal wieder ihre Ausbildung beginnen.

Herr Geier führte auf Nachfrage aus, dass auch die Verwaltung zunehmend Probleme mit der Findung von Auszubildenden habe. Es sei ein qualitativer Abfall der Bewerber zu verzeichnen.

Frau Präkelt informierte, dass innerhalb der Verwaltung 351 Beamtenstellen in 2011 bestehen. Die Reduzierung werde mit der Umwandlung von Beamten- in Angestelltenstellen begründet. Finanzielle Auswirkungen haben diese Umwandlungen nicht, da auf Ist-Stellen geplant wird.

Auf die Frage, was Herr Geier unter gesundem Führen verstehe, werde er bei der späteren Behandlung des Tagesordnungspunktes Gesundheitsbericht der Verwaltung eingehen.

Dezernat Oberbürgermeisterin

Stabsstelle 411 Kulturbüro

3000 Allgemeine Kulturverwaltung

Frau Müller wies auf die Seite 8 des Änderungsdienstes hin.

Frau Schmidt erläuterte die Veränderungen im Ergebnis der Sitzung des Kulturausschusses. Auch der Kulturbereich wurde durch das Hochwasser geschädigt (Peißnitzbühne). Der Vertrag zum Kulturfalter sei zum 31.12.2010 ohne Anschlussvertrag ausgelaufen. Der diesbezügliche Beschluss über die Veränderungen zum Kulturfalter wurde mit den Enthaltungen der CDU-Fraktion im Kulturausschuss beschlossen.

Es wurde auf einen Rechenfehler auf Seite 8 hingewiesen. Die Verwaltung sagte ein Austauschblatt zu.

3315 Freilichtbühne Peißnitz

Frau Müller wies auf die Seite 9 des Änderungsdienstes hin.

Frau Schmidt führte aus, dass an den Bühnenelementen Hochwasserschäden entstanden seien. Im Juni 2011 soll das erste große Konzert in diesem Jahr stattfinden.

Die Mitglieder fragten, warum die Bewirtschaftungskosten so steigen. Im Nachgang der Sitzung wurde von der Verwaltung folgende Antwort gegeben:

Bezüglich der Energiekosten erfolgte eine Anpassung an den tatsächlichen Verbrauch der Vorjahre.

3318 Theater und Konzerte (außer Gr.1710, 6550 und 7150)

Frau Müller erläuterte, dass die Höhe des Zuschusses nicht zu 100 % mit dem Wirtschaftsplan übereinstimme, da mit dem Übergang der Gesellschaft eine Abgrenzung von Forderungen und Verbindlichkeiten, z. B. aus Altersteilzeitverträgen, durchgeführt wurde. Im Namen der Stadt abgeschlossene Verträge wurden von dieser anerkannt. Diese müssen sukzessive ausgeglichen werden.

Niederschrift der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 15. März 2011 - Haushalt Dezernat OB sowie Finanzen und Personal

Herr Geier führte aus, dass die TOO GmbH spezielle Rückstellungen gebildet habe. Die Stadt müsse sich den Betriebsübergangsvorschriften unterordnen.

(18:15 Uhr – Herr Bönisch verließ die Sitzung. Die Vertretung übernahm Frau Dr. Wünsch.)

3329 Konzerthalle Ulrichskirche

Auf Nachfrage erläuterte Frau Müller, dass die Steigerung der Ausgaben mit einer veränderten Verrechnung durch die Umstrukturierung des EB ZGM zusammenhänge.

3660 Heimatpflege (außer Grupp. 5010, Bew.032)

Frau Schmidt erläuterte, dass das IST im vergangenen Jahr gering gewesen sei, da durch die vorläufige Haushaltsführung keine Verausgabung erfolgen konnte, da es sich um Neubeginne handelt. Sie wies auf die ausführlichen Erläuterungen hin.

Von einem Mitglied des Ausschusses wurde betont, dass die Reinhaltung der Mauer am Stadtgottesacker vom Verein „Halle gegen Graffiti“ mit jährlich ca. 10 T € finanziert werde.

3662 Laternenfest

Die Spende für das Laternenfest erhalte die Stadt Halle (Saale) lt. Information von Frau Schmidt von einem Geldinstitut.

7672 Georg-Friedrich-Händel-Halle

Ein Mitglied des Ausschusses führte aus, dass Frau Oberbürgermeisterin Szabados in der Sitzung des Hauptausschusses oder Stadtrates im Januar eine kritische Prüfung der Fragen der FDP und eine schriftliche Antwort zugesagt habe. Vor der Kenntnis der Antwort sollte keine abschließende Behandlung des Unterabschnittes erfolgen.

Frau Schmidt führte aus, dass unabhängig von eventuellen Fehlern die Stadt einen Dienstleistungsvertrag abgeschlossen habe. Diesem liege ein Stadtratsbeschluss zugrunde. Die Zahlungen erfolgen in Raten. Das Ergebnis der Prüfung liege noch nicht vor. Es bestehe eine gültige Zahlungsverpflichtung.

Auf Nachfrage bezüglich des Aufwuchses der Abschreibungen sagte Frau Müller zu, die Antwort nachzureichen. Sie führte aus, dass die Summe haushaltsneutral sei, da sie sich als Einnahme im Einzelplan 9 als Abschreibung und Verzinsung des Anlagekapitals widerspiegelt. Es wurde um Erläuterung gebeten, was im Einzelplan 9 noch in dieser Position steckt.

Diese wird im Nachgang der Sitzung hiermit nachgereicht:

Die planmäßige Einordnung der finanziellen Mittel der Abschreibungen im Haushaltsjahr 2011 für das Objekt Georg-Friedrich-Händel-Halle erfolgte in Anlehnung des Haushaltsplanes 2010, da zum Zeitpunkt der Planaufstellung das Rechnungsergebnis 2010 noch nicht vorlag.

Auf Grund des neuen Vertrages mit der event net GmbH wurde seitens der Stadt vorausgesetzt, dass der neue Betreiber Anschaffungen zur weiteren Verbesserung der Ausstattung tätigt.

In dem derzeitigen kameralen Rechnungssystem der Stadt Halle (Saale) werden die kalkulatorischen Kosten ausgabeseitig den entsprechenden Einrichtungen (Abschreibungen und Verzinsung des Anlagekapitals) zugeordnet und einnahmeseitig im

Unterabschnitt Allgemeine Finanzwirtschaft (Abschreibungen und Verzinsung des Anlagekapitals) haushaltsneutral planmäßig eingearbeitet und kassenwirksam vollzogen.

Auf Grundlage der Feststellung des Rechnungsergebnisses 2010 ist der Planansatz gem. folgender Darstellung für das HHJ 2011 (Stand 10.01.2011) bezüglich kalkulatorische Kosten im UA 7672 und im Unterabschnitt 9100 zu verändern.

(Angaben in T-Euro)

Einnahmen – Veränderung:

1.9100.270000 Allg. Finanzwirtschaft Abschreibungen	1.799,3	110,0	1.689,3
--	---------	-------	---------

Ausgaben – Veränderung:

1.7672.680000 G.-F.-Händel-Halle Abschreibungen	650,0	110,0	540,0
--	-------	-------	-------

In dieser Position sind für das HHJ 2010 noch folgende Einrichtungen enthalten:

UA 1600	Rettungsdienst und Krankentransport
UA 3330	Konservatorium
UA 3500	Volkshochschule
UA 5700	Hallenbäder
UA 5710	Freibäder
UA 6801	Parkplätze
UA 7300	Wochenmärkte, Weihnachtsmärkte
UA 7500	Friedhöfe
UA 7740	Hilfsbetrieb der Datenverarbeitung

Stabsstelle 390 Gleichstellung

0260 Büro für Gleichstellungsfragen

Aus den Reihen der Mitglieder des Ausschusses wurde darauf hingewiesen, dass im SGGA noch nicht abschließend über den Bereich beraten wurde. Aus diesem Grund erfolgt eine Wiedervorlage nach der abschließenden Behandlung.

Herr Geier und Frau Hock wiesen darauf hin, dass die Höhe der Fördermittel auf Basis des Nachtragshaushaltes 2010 geplant wurde.

Zur Erhöhung der Personalkosten gegenüber dem vergangenen Jahr führte Frau Schmidt aus, dass bei zwei Stellen eine Steigerung der Stufen innerhalb der Entgeltgruppen in diesem Jahr tarifgemäß zu zahlen seien. Zusätzlich wurden im vergangenen Jahr drastische Stundenreduzierungen vorgenommen. Diese seien noch nicht verlängert, deshalb müsse mit der vollen Stundenzahl geplant werden. Zurzeit werde geprüft, ob Absenkung wieder erfolgt.

Amt 01 Büro der Oberbürgermeisterin

0000 Stadtrat und Ausschüsse

Frau Müller wies auf Seite 6 des Änderungsdienstes hin.

(18:35 Uhr – Herr Müller verließ die Sitzung.)

0010 Büro der Oberbürgermeisterin

Zu den erheblichen Unterschieden in den Personalausgaben Ist 2010 zu Plan 2011 führte Frau Schmidt aus, dass im Jahr 2010 in der Amtsblattredaktion 2 Mitarbeiter als Altersgründen ihren Dienst bei der Stadt Halle beendet haben. Dann trat die Wiederbesetzungssperre in Kraft. Diese beiden Stellen sollen im laufenden Jahr wieder besetzt werden. Für die in diesem Jahr frei werdende Stelle werde geprüft, ob diese wieder besetzt wird.

Frau Schmidt führte zu dem positiven Ergebnis des Ist in 2010 in der Haushaltsposition eigene Veranstaltungen aus, dass bei sämtlichen Veranstaltungen überprüft wurde, ob durch die Zusammenarbeit mit anderen Veranstaltern finanzielle Mittel eingespart werden können. Dies wird auch dieses Jahr fortgeführt. Eine Absenkung des Ansatzes auf das Rechnungsergebnis 2009 könne nicht erfolgen, da die Stadt Halle (Saale) das Bürgerforum unter Schirmherrschaft des Bundespräsidenten als eine der wenigen ausgewählten Städte bundesweit ausrichten dürfe.

Zu den Leasingkosten des Fahrzeugs der Frau Oberbürgermeisterin Szabados führte Frau Schmidt aus, dass in diesem Bereich kein Sparpotential gegeben sei, auch wenn ein Fahrzeug eine Klasse niedriger geleast werden würde.

0030 Büros der Dezernate I – V

Frau Müller wies auf Seite 7 der Änderungsblätter hin.

Die Reduzierung der Personalkosten sei Folge der Anpassung der Versorgungsbeiträge und der Reduzierung der Pensionsrückstellungen für alle Beamten, erläuterte Frau Schmidt.

0241 Pressearbeit

Frau Schmidt erläuterte, dass im Jahr 2010 viele Satzungsveröffentlichungen erfolgten und dafür Seiten im Amtsblatt dazugekauft werden mussten. In diesem Jahr stehen nach jetziger Erkenntnis nicht so viele Satzungsänderungen an.

(18:55 Herr Wehrich verließ die Sitzung.)

Dezernat I Finanzen und Personal

Amt 10 Hauptamt

0200 Zentrale Dienste

0210 DV-Koordination

Frau Müller wies auf Seite 11 des Änderungsdienstes hin.

Herr Geier fügte an, dass auch aus diesem Bereich ein Beitrag zur Erreichung der geplanten Senkung im städtischen Haushalt um 12,3 Mio. € geleistet werde. Der Bedarf sei absolut vorhanden. Das Ist 2010 ist der langen vorläufigen Haushaltsführung im Jahr 2010 geschuldet.

Der Stadtratsbeschluss zur papierlosen Ratsarbeit werde vollständig umgesetzt.

Der Bereich der Datenverarbeitung sei in größeren Zusammenhängen zu betrachten, z. B. können durch das E-Government Arbeitsprozesse optimiert werden.

Frau Müller wies auf den Änderungsdienst Seite 32 hin. Hier sei eine neue Verpflichtungsermächtigung enthalten. Die Gruppierungsnummer und der Text seien nicht richtig. Das Austauschblatt liegt als Anlage der Niederschrift bei und wurde als externes Dokument in Session eingestellt.

Herr Strohmeyer führte aus, dass eine Verpflichtungsermächtigung angestrebt werde, um die Bildung von Haushaltsresten aufgrund der langen vorläufigen Haushaltsführung zu vermeiden. Für eine Maßnahmeumsetzung werden ca. ¼ bis ½ Jahr benötigt. Er könne für jede einzelne Position die Transparenz sichern.

Es erfolgte eine kurze Diskussion, dass die sich darum rankte, dass Verpflichtungsermächtigungen den Anschein eines Doppelhaushaltes hervorrufen. Die Verwaltung wolle durch die VE ein Problem lösen, welches sie selbst verursacht - die zu späte Haushaltseinbringung und damit -genehmigung. Die Stadträte betonten aber auch, dass die Datenverarbeitung in der Verwaltung zukunftsfähig gestaltet werden müsse.

Herr Strohmeyer ergänzte, dass die Haushaltsreste aus 2010 für konkrete Maßnahmen fest gebunden seien. Die beantragte VE werde benötigt, um Ausschreibung zu starten, es müsse haushaltsrechtlich gesichert sein, dass der Bereich das Geld wirklich hat.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Dr. Furchert, dass in den verschiedenen UA Ausgaben für Pflege für Hard- und Software geplant seien, weil vom ZGM Software übernommen und noch nicht zentralisiert wurde. Dies wird sich in den zukünftigen Haushalten nicht wiederholen. Herr Strohmeyer ergänzte, dass im Tiefbauamt, der Feuerwehr und im Schulverwaltungsamt Sonderfälle bestehen.

0240 Kommunikation

Frau Müller wies auf Seite 12 des Änderungsdienstes hin.

Herr Geier betonte, dass auch hier ein Beitrag zur Senkung der 12,3 Mio. € gebracht werde. Die Ansätze seien das absolute Limit bei den vorhandenen Strukturen.

Herr Dr. Furchert betonte, dass die Höhe der Ansätze als Folgen der Haushaltsdisziplin zu sehen seien. Die Personalkostensenkung aufgrund gleicher Stellenzahl sei die Korrektur Doppelplanung aufgrund einer Elternzeitvertretung.

7700 Zentraler Fahrdienst

Herr Geier bestätigte, dass bei der Bildung des Hauptamtes eine haushaltsneutrale Verschiebung angestrebt war. Die Thematik Fuhrpark bilde ein zentrales Thema in der Konzernbetrachtung unter dem Stichwort Shared Services.

Amt 11 Amt für Organisation und Personalservice

0211 Ressort Organisation

Auf Nachfrage, warum im IST 2010 100 T€ weniger ausgewiesen wurden, gibt die Verwaltung im Nachgang der Sitzung folgende Erläuterung:

Allgemein:

Alle im Stellenplan des HH-Jahres enthaltenen Stellen werden mit Pk beplant. Für besetzte Stellen werden die Personalausgaben auf der Grundlage der Ist-Besetzung personenkonkret unter Berücksichtigung der bekannten Zukunftsdaten und für unbesetzte Stellen wird der Durchschnittswert der jeweiligen Entgeltgruppe zum Ansatz gebracht.

Die voraussichtliche Nichtinanspruchnahme infolge von Verzögerungen in der Nachbesetzung freier Stellen sowie aus Zeiten ohne Entgeltfortzahlungen wird als Erfahrungswert über den gesamten Sammelnachweis Personalausgaben in Abzug gebracht (siehe UA 9190 = globale Minderung).

Die Untersetzung erfolgt im Ist über die Minderinanspruchnahme in den einzelnen Unterabschnitten.

Ein Beispiel ist die Minderinanspruchnahme der Personalausgaben im UA 0211:

<i>Jahr</i>	<i>Plan (in €)</i>	<i>Ist (in €)</i>	<i>Diff. (in €)</i>	<i>Erläuterung der Minderinanspruchnahme</i>
2009	777.300	681.951	-95.344	2 Mitarbeiterinnen in Elternzeit (5 und 3 Mon.), 1 Mitarbeiterin langzeitkrank (3 Mon. ohne Lohnfortzahlung), 1 Stelle ab 01.01. frei – Streichung mit HH-Plan 2010
2010	763.500	683.488	-80.012	Refinanzierung einer Stelle durch Aufgabenübertragung aus dem ZGM, Unbez. Freistellung Kind krank, Doppelplanung der ATZ-Aufstockung in 3 Fällen

Die Begründungen für die Entwicklung der Planansätze entnehmen Sie bitte den Unterlagen zur Vorbereitung der Finanzausschusssitzungen für die HH-Plandiskussionen 2010 und 2011.

Auf Nachfrage, warum die geplante Höhe der Mitgliedsbeiträge im vergangenen Jahr nicht erreicht wurde, gibt die Verwaltung im Nachgang der Sitzung folgende Information:

<i>Plan 2010 (in €)</i>	<i>Ist 2010 (in €)</i>	<i>Diff. (in €)</i>	<i>Erläuterung der Minderinanspruchnahme</i>
197.700	196.578	1.121	Der Planansatz orientiert sich an der Rechnung des Vorjahres, ggf. unter Berücksichtigung von Satzungsänderungen. Der Rechnungsbetrag ermittelt sich auf der Grundlage der Einwohnerzahl zum entspr. Stichtag.

Nicht in Anspruch genommene Mittel wurden nicht zur Deckung im UA herangezogen.

0220 Personalservice SN Personalkosten einschl. globale Minderausgabe

Frau Müller wies auf die Veränderungsunterlagen, Seite 13 hin.

Auf Nachfrage, warum die Ausbildungskosten steigen, erläuterte Herr Geier, dass im Jahr 2011 mehr Auszubildende einen Ausbildungsvertrag erhalten sollen, weil im Jahr 2010 nicht alle Stellen besetzt werden konnten und der Bedarf bestehe. Zusätzlich beginne turnusmäßig die Ausbildung für die Feuerwehrleute im mittleren Dienst (aller 2 Jahre).

Auf die Frage nach den Gründen der Personalausgabeneinsparung im Ist 2010 wird im Nachgang der Sitzung auf die Begründung im Vortrag unter „Allgemein“ zu UA 0211 verwiesen sowie folgende Erläuterung gegeben:

Jahr	Plan (in €)	Ist (in €)	Diff. (in €)	Erläuterung der Minderinanspruchnahme
2010	3.304.900	2.889.021	-415.879	Minderausgabe für neue Azubis 2009 und 2010 von 200 T€ (siehe auch Folie 3 des Vortrags im Finanzausschuss) Ab 08/2009 Plan 26/Ist 20 Azubis Ab 08/2010 Plan 26/Ist 16 Azubis Refinanzierung einer Stelle durch Aufgabenübertragung aus dem ZGM, Unbez. Freistellung bei Kind krank, Doppelplanung der ATZ-Aufstockung in 6 Fällen, Langzeiterkrankungen ohne Lohnfortzahlung

0221 Mutterschutzumlage U 2

Auf die Frage nach der Entwicklung der Mutterschutzumlage wird im Nachgang der Sitzung folgende Erläuterung gegeben:

Die Rechnungslegung für das Jahr 2010 erfolgte im Januar 2011. Der Planansatz in Höhe von 150.000 € war als Erfahrungswert der vorangegangenen Jahre bereits eingearbeitet. Für das Jahr 2012 ist eine Erhöhung um 25.000 € auf 175.000 € entsprechend der Rechnung 2010 vorgesehen.

Die Höhe der durch den Arbeitgeber an die Krankenkassen zu zahlende Umlagesatz U2 differiert zwischen den Krankenkassen und liegt zwischen 0,1 bis 0,3%. Der Krankenkassenwechsel von Beschäftigten beeinflusst somit die auf das HH-Jahr rückwirkende Rechnungslegung.

0290 Altersteilzeit - Freizeitphase –

Auf die Nachfrage der erheblichen Abweichung der Plan mit der Ist-Zahl 2010 wird nach Überprüfung folgende Antwort nachgereicht:

In diesem UA wurden 2010 insgesamt 126 ATZ-Fälle geplant, davon für 17 Beschäftigte zusätzlich für die Zahlung der Rentenmodelle 680 T€ (40 T€ pro Beschäftigten). Die Höhe der Zahlung liege zwischen 15 bis 55 T€/Beschäftigten.

Jahr	Plan (in €)	Ist (in €)	Diff. (in €)	Erläuterung der Minderinanspruchnahme
2010	4.392.600	3.996.012	-396.588	Doppelplanung der ATZ-Aufstockung an jeder Person (ges. im UA = 344.000 €). Keine volle Ausschöpfung der geplanten Rentenmodellzahlungen. Die personenkonkrete Höhe der Zahlung wird erst zum Austrittsmonat durch den Rentenversicherungsträger mitgeteilt.

0291 Minderleistungsausgleich nach SGB IX

Frau Müller führte auf Nachfrage aus, dass es sich um einen unechten Deckungskreis handelt. Die Stadt dürfe nur die tatsächlichen Einnahmen für konkrete Maßnahmen verausgaben.

0295 Umsetzung - Personaltransferkonzept

Auf die Nachfrage der erheblichen Abweichung der Plan- mit der Ist-Zahl 2010 wird nach Überprüfung folgende Antwort nachgereicht:

<i>Plan 2010 (in €)</i>	<i>Ist 2010 (in €)</i>	<i>Diff. (in €)</i>	<i>Erläuterung der Minderinanspruchnahme</i>
2.465.600 €	732.067 €	-1.772.884 €	<i>Planung zentral im UA 0295, Verbuchung erfolgte entsprechend der Kompensation von Fehlkapazitäten (TZI) in den Ämtern, UA 0295 dient der Deckung der Mehraufwendungen in den Ämtern über den Sammelnachweis</i>

Ab 2011 wird Transferpersonal nur noch dann in den Ämtern verbucht, wenn die Personalkosten zur Deckung vorhanden sind.

Alle weiteren Verbuchungen erfolgen im UA 0295. Auf der Grundlage der beibehaltenen ursprünglichen Stellennummer ist die Auswertung der Ist-Kosten zu den Ämtern und Einrichtungen möglich.

Amt 20 Amt für Finanzservice

0300 Finanzservice

Auf Nachfrage, um welche steuerrechtlichen Überprüfungen es sich handelt, führte Herr Geier aus, dass Ausgliederungen, die noch in 2010 liefen, noch nicht abgeschlossen seien, z. B. die Bäder. Aber auch steuerrechtlich schwierige Fragen zur Händel-Halle und zum Marktwesen seien zu bearbeiten.

Aus den Reihen der Mitglieder des Ausschusses wurde die Erwartung geäußert, dass die BMA einige spezielle Prüfungen durchführt.

Frau Müller führte auf Rückfrage zu den Säumniszuschlägen aus, dass der Zielerreichungsgrad Ist 2010 angestrebt werde. Dies sei der Beitrag des Amtes 20, den Einsparbeitrag von 12,3 Mio. € zu erreichen.

Zentrale übergreifende Finanzvorgänge

Finanzwirtschaft

9000 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen

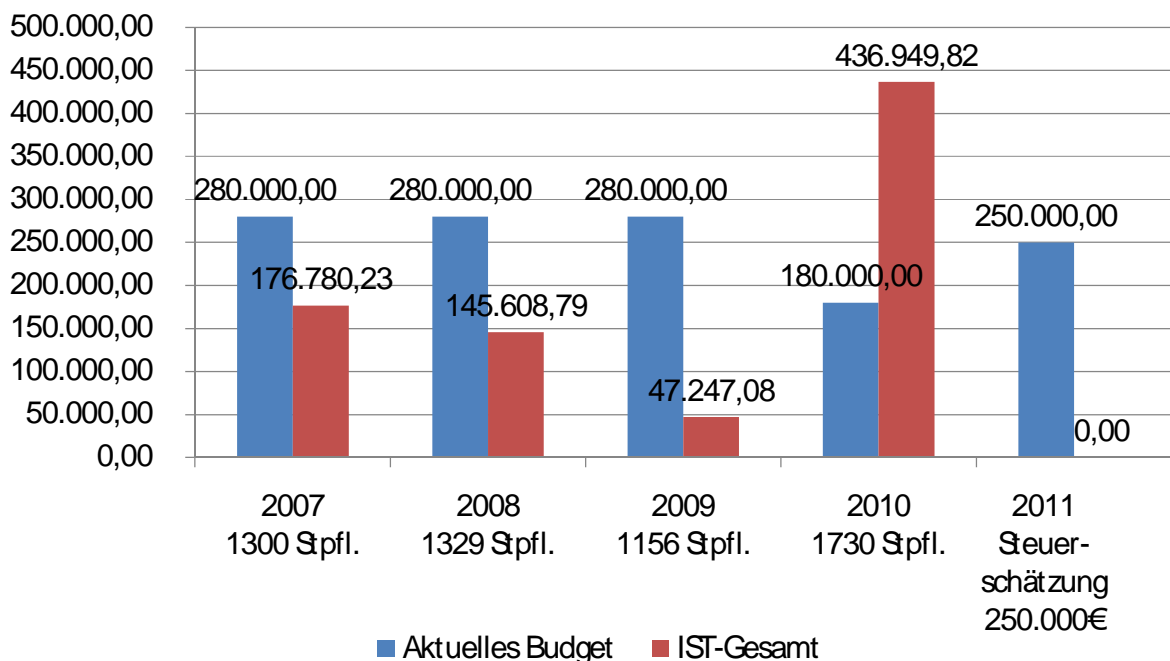
Zu den Zinseinnahmen führte Herr Geier aus, dass sich diese u. a. aus der Abwicklung der Vorjahre ergeben. Bezüglich der Zweitwohnungs- und Vergnügungssteuersatzung habe sich die Stadt Halle (Saale) in einer Art Dauergerichtsverfahren befunden. Nach Erlangung der

Rechtskraft der Satzung könne die Stadt die entsprechende Steuerschuld 4 Jahre rückwirkend erheben.

Aufgrund von weiteren Nachfragen sagte Herr Geier ergänzende Informationen zur Entwicklung (inklusive der Zinseinnahmen) der Zweitwohnungssteuer sowie der Vergnügungs- und Hundesteuer zu.

Ergänzung im Nachgang der Sitzung:

Zweitwohnungssteuer



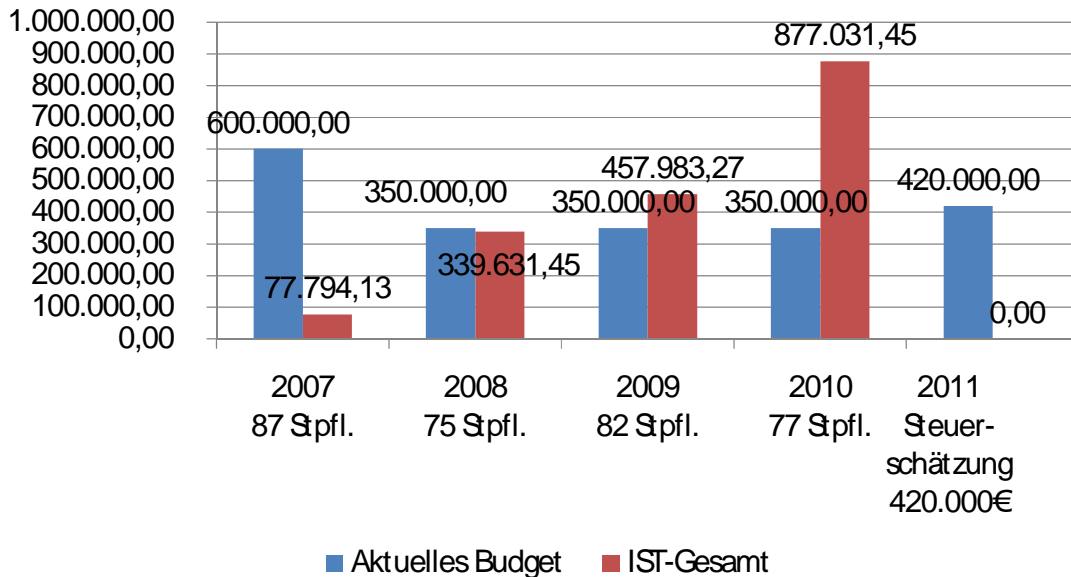
Zweitwohnungssteuer:

In der Zweitwohnungssteuer wurden verschiedene Urteile gefällt, die zwangsläufig zu Einnahmeverlusten führten.

In erster Linie sei hier das Bundesverwaltungsgerichtsurteil genannt, wonach Verheiratete, die aus beruflichen Gründen eine Zweitwohnung inne haben, aus der Besteuerung herausfallen. Der Personenkreis umfasst vor allem Dozenten, Professoren und Lehrkörper.

Durch die vom Verwaltungsgericht gekippte Satzung im Jahre 2009 konnte erst Ende November 2009 die Fälligkeit (sonst 15.3) gesetzt werden. Daher begründet sich die geringe Einnahme in Höhe von 47 T€ für 2009 und der sprunghafte Anstieg der Einnahme für das Jahr 2010 in Höhe von 366 T€. Eine Steuerschätzung für das Jahr 2011 mit erhöhtem Budget ist möglich, da im Bereich der Zweitwohnungssteuer für dieses Jahr 1000 Studenten mehr in der Universitätsstadt studieren.

Vergnügungssteuer



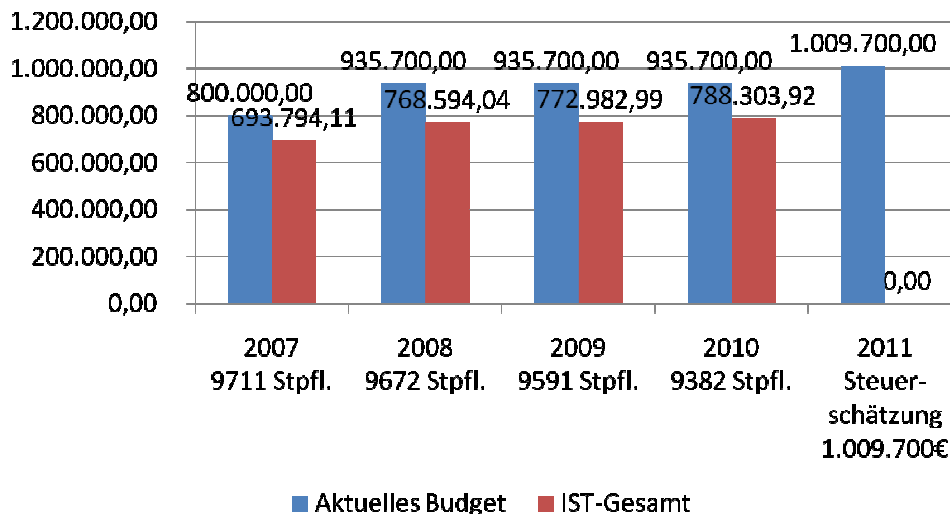
Vergnügungssteuer:

Im Bereich der Vergnügungssteuer, wurde infolge des Beschlusses des Verwaltungsgerichts die bisherige Erhebung nach dem Stückzahlmaßstab aufgehoben. Die neue Steuerberechnung nach dem Wirklichkeitsmaßstab hatte nach Aussagen des Städte und Gemeindebundes einen Einnahmeverlust von ca. 50 % auch für künftige Jahre zur Folge. Grundlage bildet die geänderte Satzung bezüglich der Erhebung der Vergnügungssteuer auf Spielgeräte und Spieleinrichtungen sowie Veranstaltungen anderer Art (Stadtratsbeschluss vom 27.06.2007 und 25.11.2009).

Durch die geänderte Rechtsprechung und die neuen Erklärungsmodalitäten gab es gewisse Anlaufschwierigkeiten durch die Steuerpflichtigen, die sich im Jahr 2009 an die Modalitäten gewöhnten und zeitnah ihre Steuererklärungen einreichten. Kassens-wirksam wurde auch im Jahr 2009 und 2010 die neue Satzung, die mit Rückwirkungscharakter zum 01.01.2006 als Grundlage zur Steuerfestsetzung galt.

Durch Klageerfolge der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2009 im Bereich der Vergnügungssteuer ist die Zahlungsmoral aller Steuerpflichtigen erheblich gestiegen. Bei den Spielautomatentellern ist ebenfalls eine Kontinuität in Form der Anzahl der Aufsteller und deren Einnahmen zu verzeichnen.

Hundesteuer



Hundesteuer:

Die Ursachen, das Budget im Bereich der Hundsteuer nicht erreicht zu haben, liegt immer noch darin begründet, dass im Rahmen des Existenzminimums vieler sozial schwacher Bürger die Zahlungen ausblieben und Vollstreckungsversuche aufgrund mangelndem pfändbarem Vermögen ins Leere liefen. Die Dunkelziffer der nichtgemeldeten Hunde ist sicher hoch und kann nur durch Kontrollen der Vollstrecker des Ordnungsamtes reduziert werden. Durch die Anhebung der Hundesteuer von 90,00 Euro auf 100,00 Euro kann davon ausgegangen werden, dass noch weniger Besitzer ihre Hunde anmelden und bevorzugt Verwandtschaft im Saalkreis ausfindig machen, um dort die äußerst geringen Hundesteuerbeiträge wirksam zu Ungunsten der Stadt Halle (Saale) festsetzen zu lassen.

Diese Vorgehensweise wäre nur abänderbar, wenn alle Gemeinden und Städte die gleichen Steuersätze anwenden würden.

9010 Finanzausgleich

Herr Geier erläuterte, dass die Stadt Halle 12,3 Mio. € weniger FAG im Jahr 2010 erhalten habe. Diese Minderzuweisung sei gesetzlich festgeschrieben und werde bis zum Jahr 2012 auf drei Jahre aufgeteilt (3 x 4 Mio. €) Die Aufschlüsselung nach FAG liege vor und normalerweise würden in diesem Unterabschnitt 213 Mio. € eingeplant werden müssen. Durch das FAG könne nur die minimierte Zahl eingestellt werden. Die Stadt Halle (Saale) habe Widerspruch gegen den Bescheid eingelegt. Das Landesverwaltungsamt bittet vor dem Hintergrund von 2 - 3 laufenden Verfassungsbeschwerden um Aufschub der Entscheidung, da diese konform mit den Verfassungsgerichtsentscheidungen getroffen werden solle. Der aktuelle FAG-Bescheid für die Stadt Halle (Saale) ist insofern nicht bestandskräftig. Spätere Nachforderungen seien aus diesem Grund noch möglich. Das Verfahren ruhe. Es gebe keine Frist für die Entscheidung des Landesverwaltungsamtes.

(20:25 Frau Nagel verließ die Sitzung.)

Frau Müller wies auf Seite 21 der Veränderungsblätter hin.

9100 Allgemeine Finanzwirtschaft

Die Änderung auf Seite 22 der Veränderungsblätter beruhe auf STARK II, erläuterte Frau Müller.

9110 Zuführungen zwischen VWH und VMH

Dr. Meerheim – wo kommen Altfehlbeträge her

Herr Geier erläuterte, dass die Altfehlbeträge aus den noch nicht umgesetzten Maßnahmen AWH und Fernwasser resultieren. Diese seien aus dem „alten“ Konsolidierungskonzept verschoben worden.

9200 Abwicklung der Vorjahre

Frau Müller avisierte ein Änderungsblatt, da sich der Betrag noch erhöhen werde.

Sonstige Finanzvorgänge

7920 Förderung des öffentl. Personennahverk. (nur Bew. 110)

Frau Müller wies auf das Änderungsblatt Seite 18 hin. Diese Änderungen seien haushaltsneutral und beziehen sich auf die gesetzliche Änderung bezüglich der Ausbildungsfahrten.

Herr Geier führte zum Peißnitzexpress aus, dass im Moment eine Diskussion über 65 T€ geführt werde. Es sei eine reine freiwillige Aufgabe. Die HAVAG bräuchte den Auftrag nicht übernehmen. Es liege zurzeit kein Vertrag zugrunde. Inhaltlich sei es keine leichte Entscheidung, die aber politisch getroffen werden müsse.

8300 Stadtwerke (nur Bew. 110)

Herr Geier erläuterte auf Anfrage, dass sich die Effekte aus Maßnahmen Stadtwerke aus dem Oberbegriff Shared Services ergeben sollen. Diese geplanten Einnahmen gehen auf das Entschuldungskonzept der BMA zurück.

Die Mitglieder baten, die Seite 579 in der Abschlussberatung noch einmal aufzurufen und Herrn Lork um nähere Erläuterungen bezüglich genauerer Zahlen und Informationen, wann mit wem welche Maßnahmen ausgeführt werden.

Herr Geier wies darauf hin, dass der städtische Widerspruch bezüglich der VNG-Gelder ein zentrales Thema sei. Es entstünden verschiedene Schwierigkeiten, da der Widerspruch noch nicht entschieden sei.

Frau Müller erläuterte, dass das Änderungsblatt Seite 19 erstellt wurde, um die Einnahmen der Konzessionsausgaben transparenter darzustellen.

Amt 30 Rechtsamt

0230 Rechtsangelegenheiten

Frau Müller wies auf Seite 15 der Veränderungsblätter hin.

Dies sei ein Beitrag des Dezernates zur Erreichung der 12,3 Mio. €.

0360 Regelung offener Vermögensfragen

Herr Willecke führte auf Nachfrage aus, dass das Ziel bestehe, dass die Abwicklung der Altfälle 2015 abgeschlossen sei.

Ergebnis:

Der Vortrag über die Personalkosten wurde zur Kenntnis genommen.

Die Unterabschnitte der Dezernate Oberbürgermeisterin sowie Finanzen und Personal wurden beraten.

zu 4 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 5 schriftliche Anfragen von Stadträten

zu 6 Mitteilungen

zu 7 mündliche Anfragen

zu 8 Anregungen

Zu den Tagesordnungspunkten 5 - 8 wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Finanzen und Personal

Martina Beßler
Protokollführerin